## Formular Nutzungserklärung B1



Bü	n den/die Irgermeister/in r Gemeinde		Für unser Land!			
Nutzungserklärung gemäß § 13d Abs. 1 Grundverkehrsgesetz 2001 für den rechtsgeschäftlichen Erwerb durch juristische Personen oder Personengesellschaften  I. Angaben zu dem/der/den Rechtserwerber/in/nen:						
Re	chtserwerber/in					
1	Name/Firma der juristischen Person od	er Personengesellschaft				
2	Firmenbuchnummer, Vereinsregisterzal	nl bzw. sonstige Kennun	g in einem öffentlichen Register und dessen Bezeichnung			
3	Sitz und Anschrift der juristischen Person oder Personengesellschaft					
Vei	rtreter/in des/der Rechtserwerb	ers/in				
4	Name, Vorname(n)					
5	Geburtsdatum	St	aatsangehörigkeit			
6	Anschrift des Wohnsitzes					
7	Angaben zu allfälligen weiteren für die Außenvertretung erforderlichen Vertretern/innen auf Beiblatt:  □ JA  □ NEIN					
Wo	eitere/r Rechtserwerber/in/nen					

II. Angaben zu dem Rechtsgeschäft:

9	Bezeichnung des Rechtsgeschäfts (zB Ka	ufvertrag, Schenkungsv	vertrag, Stiftungserklärung, etc.) samt	Datum
10	Art des erworbenen Rechts gem. § 13c Ab	s. 1 Grundverkehrsges	etz 2001	
11	Weitere Angaben auf Beiblatt:	□ JA	□ NEIN	

III. Angaben zu den Baugrundstücken, Gebäuden oder Teilen davon auf Baugrundstücken, die den Gegenstand des Rechtserwerbs bilden:

12	Grundstücksnummer(n), Einlagezahl(en), Katastralgemeinde(n) samt Grundbuchsnummer bzw. anderer Erfassungsol (zB Gericht der Urkundenhinterlegung)	rt
13	bei bebauten Grundstücken zusätzlich Angabe von Anschrift/en, gegebenenfalls nähere Bezeichnung/en (zB TOP Nummer)	1_
14	Vorlage einer planlichen Darstellung gem. § 13c Abs. 5 Z. 5 Grundverkehrsgesetz 2001:  □ JA  □ NEIN	
15	Weitere Angaben auf Beiblatt:	

Die oben stehenden sowie auf Beiblättern gemachten Angaben sind **richtig** und **vollständig**.

Ich/Wir erkläre/n, dass der/die Rechtserwerber/in/nen das Grundstück bzw. das Gebäude oder Teile davon

- nicht selbst entgegen den jeweils geltenden raumordnungsrechtlichen Bestimmungen als Zweitwohnung nutzen wird/werden und
- nicht entgegen den jeweils geltenden raumordnungsrechtlichen Bestimmungen durch Dritte (im Fall von juristischen Personen oder Personengesellschaften insbesondere auch nicht durch Vertretungsorgane, Gesellschafter oder Mitglieder) als Zweitwohnung nutzen lassen wird/werden.

Ich/Wir nehme/n zur Kenntnis, dass das erklärungswidrige Nutzen bzw. Nutzenlassen als Zweitwohnung

- eine Verwaltungsübertretung darstellt, die mit Geldstrafe bis 25.000 € bedroht ist (§ 78 Salzburger Raumordnungsgesetz 2009), und
- bis zur gerichtlichen Zwangsversteigerung des unzulässig als Zweitwohnung benutzten Objekts führen kann (§ 32b Abs. 4 Grundverkehrsgesetz 2001).

Ort, Datum	Unterschrift/en